

8. Standesinitiative zur Einführung einer nationalen Elternzeit

Parlamentarische Initiative Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti), Priska Hänni (Die Mitte, Regensdorf), Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa)

KSSG Kommission für soziale Sicherheit und GesundheitKR-Nr. 332/2023

Priska Hänni-Mathis (Die Mitte, Regensdorf): In der Volksabstimmung vom 27. September 2020 wurden zwei Wochen Vaterschaftsurlaub mit einem Mehr von über 60 Prozent Ja-Stimmen angenommen und bald darauf auch umgesetzt. Dies ist ein sehr kleiner Schritt zur Gleichstellung von Mann und Frau, jedoch bei weitem nicht genügend. 87,5 Prozent der Elternzeit ist für die Mutter und nur deren 12,5 Prozent für den Vater vorgesehen. Diese Aufteilung entspricht weder einem modernen Familienbild noch einem attraktiven Arbeitsplatz. Frauen sind für die Wirtschaft immer noch weniger attraktiv und es verhindert, dass der Vater mehr Verantwortung in der Erziehung und im Haushalt übernehmen kann. Durch die Einführung einer angemessenen Elternzeit bei beidseitiger Erwerbstätigkeit kann die Erwerbsquote von Frauen gesteigert und die Benachteiligung von Frauen im Arbeitsmarkt bei Einstellungs- und Beförderungsentscheidungen verringert werden.

In fast allen europäischen Ländern ist die bezahlte Elternzeit sehr viel höher als hier. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist eine bezahlte längere Elternzeit sehr viel attraktiver. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern ist auch ein nachhaltiges Mittel, die Wirtschaft mit Fachkräften zu stärken. Es ist nun Zeit für eine mehrheitsfähige nationale Lösung.

Diese parlamentarische Initiative möchte deshalb den Regierungsrat beauftragen, eine Standesinitiative auszuarbeiten, die eine angemessene Elternzeit fordert, die teilweise flexibel zwischen Mann und Frau aufgeteilt werden kann, aber auch für die Wirtschaft tragbar ist. Dies fördert die Gleichstellung von Mann und Frau, verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und leistet einen weiteren Beitrag gegen den Fachkräftemangel. Vielen Dank für die Überweisung.

Patrick Walder (SVP, Dübendorf): Die vorliegende Standesinitiative fordert die Einführung einer nationalen Elternzeit. Die Elternzeit ist mit diversen Vorstössen bereits auf dem eidgenössischen Parkett – auch ohne eine Standesinitiative aus Zürich. Extreme Forderungen zur Elternzeit, zum Beispiel 38 Wochen, fanden in Bern bis anhin keine Mehrheit. Es ist an den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, sofern dies überhaupt gewünscht ist, eine mehrheitsfähige Lösung auszuarbeiten, und sicher nicht am Kantons- oder Regierungsrat des Kantons Zürich. Weiter ist in der vorliegenden Standesinitiative nichts über die Finanzierung dieser Forderung erwähnt. Da davon ausgegangen werden muss, dass die Elternzeit durch die Erste Säule finanziert werden muss, welche aber bereits jetzt stark unter Druck ist, mehr noch, wenn allenfalls ein Ja zur 13. AHV-Rente (*Eidgenössische Abstimmung über eine entsprechende Volksinitiative am 3. März*

2024) kommen würde. Diese zusätzliche Elternzeit durch Lohnbeiträge des Gewerbes und der Arbeitnehmenden zu finanzieren, grenzt für beide an eine Zumutung. Wir dürfen dem erwerbstätigen Mittelstand nicht noch mehr Geld mittels Lohnabzügen und Mehrwertsteuererhöhungen aus dem Sack ziehen.

Die Forderung 1 der Standesinitiative enthält eine Erhöhung der Elternzeit von heute 16 auf neu 20 Wochen. Der fixe Anteil der Mutter würde bei 14 Wochen bleiben, kann aber bis zu zwei Wochen erhöht werden. Der Anteil des Vaters muss mindestens vier Wochen betragen. Somit widerspricht diese Flexibilität auch dem ursprünglichen Ziel des Mutterschaftsurlaubs, nämlich dem Mutterschutz. Die geforderte Flexibilität macht den Mutterschutz zu einem effektiven Familienurlaub. Viele grössere Unternehmen gewähren bereits heute längere Mutter- und Vaterschaftsurlaube. Dies entspricht dem freien Markt und der Arbeitgeberfreiheit. Weiter schaffen es viele junge Eltern – da darf ich auch mich und meine Frau erwähnen und viele, sehr viele Kolleginnen und Kollegen, die aktuell jung Eltern wurden –, sich frei zu organisieren, sodass sowohl Mutter wie auch Vater nach den gewünschten Möglichkeiten den beruflichen Ambitionen auch kurz nach der Geburt nachgehen können.

Es kann zusammengefasst werden: Die Diskussion über die Elternzeit läuft bereits in Bern und muss sicher nicht zusätzlich von Zürich noch ins Bundeshaus getragen werden. Die SVP/EDU lehnt daher die Standesinitiative, wie vielfach bei Standesinitiativen, entschieden ab. Besten Dank.

Brigitte Rössli (SP, Illnau-Effretikon): Die Freude der Eltern über die Geburt eines Kindes ist in der Regel sehr gross, doch für die Eltern bedeutet die Geburt auch, dass sie ihr Leben umstellen, Verantwortung übernehmen und sich der neuen Situation anpassen müssen. Ein Kind ist für Eltern auch eine grosse Herausforderung. Die Welt scheint stillzustehen, im Fokus stehen die Familie und das Kind. Schon viel zu früh müssen die Eltern wieder zurück zur Arbeit. Wir wissen alle, dass die frühkindliche Bindung für jedes Kind und auch für die Eltern etwas sehr Wichtiges ist. Es ist wichtig, dass in dieser ersten Zeit beide Elternteile ihre Beziehung zum Kind aufbauen und festigen können. Doch in der Praxis fehlt oft die Zeit. Die Elternzeit hilft den Paaren, gleichberechtigt in Beziehung zu ihrem Kind zu treten und auch die Erziehungsarbeit zu übernehmen. Die Beziehung beider Elternteile zum Kind wird gestärkt. Eine gleichberechtigte Rollenverteilung ermöglicht es zudem, dass mehr Mütter nach der Elternzeit wieder in ihren Beruf zurückkehren und ihr Pensum nicht oder weniger stark reduzieren müssen. Auch auf die Gesundheit wirkt sich die Elternzeit positiv aus. Eltern, welche sich Zeit nehmen können, sind weniger gestresst. Durch eine gut umsorgte Betreuung des Kindes in den ersten Lebenswochen wird eine wichtige Grundlage für ein gutes und gesundes Leben geschaffen.

Mit nur gerade 14 Wochen Mutterschutz und zwei Wochen Vaterschaftsurlaub hinkt die Schweiz anderen europäischen Staaten weit hinterher. Das Vorzeigeland ist Schweden mit 68 Wochen Elternzeit. Es folgt Finnland mit einem Gesamturlaub von 320 Arbeitstagen oder 64 Wochen. Die Elternzeit ist ein Uranliegen der

SP. Schon viele Jahren fordern wir eine Verlängerung der Elternzeit. Diese Standesinitiative würde eine minimale Verbesserung bringen. Die SP möchte grundsätzlich mehr, doch wir wissen, dass in der Schweiz die Mühlen der Politik nur langsam mahlen und deshalb unterstützen wir auch diesen Vorstoss. Danke.

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Ein zeitgemässes, flexibles Arbeitsrecht ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unabdingbar. Insbesondere die Einschränkungen im Bereich der Abend- und Wochenendarbeit seien da als Hinderungsgrund genannt. Schon 2019 hat die FDP eine Elternzeit gefordert. Allerdings soll diese flexibel und selbstbestimmt sein und eine bestmögliche Aufteilung unter den Elternteilen beinhalten; so viel zum Grundsätzlichen. Es kann festgehalten werden, dass das Thema, wie auch schon ausgeführt wurde, die nationale Ebene längst erreicht hat. Vorstösse von Frau Masshardt (*Nadine Masshardt, Nationalrätin*) oder Diskussionen um den Vaterschaftsurlaub im Jahr 2020 sind dabei zu nennen, einzelne Votanten haben das auch aufgenommen.

Die Einreichung einer Standesinitiative hat – und das ist bei anderen Themen ja immer wieder Gegenstand der Debatte – höchstens einen symbolischen Charakter. Als zweiter Punkt wird immer wieder das Argument des dem Fach- und Arbeitskräftemangel-Entgegenwirkens angeführt, eine Hypothese, die schwierig belegbar ist. Fakt ist, dass wir uns vielleicht einmal Gedanken über unsere eigenen Bedürfnisse bezüglich Life-Work-Balance machen sollten, eine Ursache, die nicht von der Hand zu weisen ist.

Schliesslich möchte ich auch das Argument der Kosten aufgreifen, ein Vorredner hat das ebenfalls getan. In der Summe glauben wir, dass die PI nicht das geeignete Instrument ist, national Bewegung auszulösen. Und wenn ich daran erinnern darf: Die Erstunterzeichnerin dieses Vorstosses (*Yvonne Bürgin*) ist mittlerweile in Bern und hat die Möglichkeit, das direkt einzugeben. Ich bin überzeugt, sie wird das tun. Wir werden nicht unterstützen. Besten Dank.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Wir stehen ein für eine den Zeiten entsprechende Elternzeit – schon immer in dieser Diskussion –, für eine nationale Einführung einer Elternzeit. Es geht uns um eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, um Gleichstellung, um eine flexible Aufteilung beim Bezug einer Elternzeit – schon immer. Wir fordern deshalb heute die Überweisung dieses Anliegens. Und natürlich, es ist eine Standesinitiative, auch wir halten uns grundsätzlich zurück, solche einzureichen. Die Forderung einer nationalen Einführung einer Elternzeit bedingt aus unserer Sicht in diesem Fall die Form einer Standesinitiative und sie entspricht unserer Ansicht, wo eine Elternzeit geregelt werden soll. Und sicherlich geht den Befürworterinnen und Befürwortern einer kantonalen Einführung einer Elternzeit von Zürich unsere Forderung viel zu wenig weit, eine Gesamtdauer der Elternzeit von mindestens 20 Wochen. Der fixe Anteil der Mutter darf nicht unter den aktuellen 14 Wochen liegen. Väter sollten mindestens 20 Prozent der gesamten Elternzeit beziehen können, flexible Bezugsmöglichkeiten für beide Elternteile. Nur, wir alle wissen: Schafft es denn die Standesinitiative nach Bern, wird dort weiter über deren Inhalte diskutiert. Es kann

nicht sein, dass Bundesbern weiterhin zu diesem wichtigen Thema alles blockiert und somit dann die Kantone beginnen, überall individuell und nach ihrem Gutdünken etwas in diesem Thema auf die Beine zu stellen.

Zerbröckeln wir also alte Rollenbilder, das wäre das Gegenteil von Zementieren. Geben wir der Veränderung von alten Rollenbildern eine Chance. Die Formen von Familienleben sind heute vielfältiger als früher. Sich bei der Geburt eines Kindes in einem organisatorischen Schema zu befinden, ist nicht unterstützend. Eltern sollten Gestaltungsmöglichkeiten erhalten, wie sie sich beruflich und familiär organisieren. Länger zu Hause bleiben zu können nach einer Geburt ist ebenso elementar wie möglichst einfach wieder in den Beruf zurückzukehren. Die Schweiz sollte sich als fortschrittliches Land präsentieren, das den Wert der Familie erkennt und gleichzeitig die Notwendigkeit einer modernen Arbeitswelt versteht.

Diese Initiative ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir erachten diese Initiative als sehr wichtig, denn wir stehen ein für eine moderne, wirtschaftsfreundliche und – das ist der springende Punkt für uns – für eine nationale Elternzeit. Setzen wir ein Zeichen nach Bern, damit sich dort endlich etwas tut. Die GLP-Fraktion überweist als Mitunterzeichnerin die Standesinitiative.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Ich trage Ihnen das Votum meines Fraktionskollegen Florian Heer vor, der übrigens nicht in den Skiferien ist, sondern einen beruflichen Termin wahrnimmt:

Wir Grüne haben hier schon mehrfach auf die Vorteile der Elternzeit hingewiesen. Die Elternzeit fördert die Gesundheit des Kindes, sie fördert die Entwicklung des Kindes, sie fördert die Gesundheit der Mutter, sie stärkt die Vater-Kind-Bindung, sie erhöht die Erwerbstätigkeit der Mutter, sie lohnt sich für Unternehmen und sie ist ein Gewinn für die Volkswirtschaft. Sie fördert ausserdem die Gleichstellung von Mann und Frau. All dies ist wissenschaftlich belegt, international erprobt und von der EKFF, der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen, lesbar zusammengefasst. Es gibt noch weitere Argumente und Begründungen, Sie finden das im Votum von Florian Heer zur kantonalen Elternzeit von vor etwa zwei Jahren.

Heute geht es jedoch um eine Standesinitiative. Schauen wir diese mal genauer an. Die Begründung liest sich eigentlich fast eins zu eins wie die damalige kantonale Initiative. Sie wiederholen die Argumente praktisch eins zu eins und fordern jedoch eine Baby-Veränderung. Liebe Mitte, Sie schreiben richtig, die Schweiz hinkt bei der Elternzeit dem internationalen Vergleich hinterher. Die vorliegende Initiative bringt aber kaum einen Mehrwert, geschweige denn einen Aufholprozess in diesem Ranking. Haben Sie die Zahlen verglichen? Im OECD-Vergleich (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*) liegt die Schweiz derzeit auf dem dritten Platz – von hinten gezählt. Finnland zum Beispiel hat mehr als zehnmals so viel Elternzeit und ist nicht mal Spitzenreiter. Ihre Variante würde uns im Ranking keinen Platz nach oben bringen, den Hinterbänklerplatz werden wir so nicht los. Weiter zitieren Sie die EKFF, verzichten aber bei

den ausgewiesenen volkswirtschaftlichen Auswirkungen auf die gelieferten Zahlen und begründen ihre Abweichung mit dem Mantra der sogenannten Wirtschaftsverbände. Die Ausarbeitung der Kommission sei aufgebläht und teuer. Sie untermauern dieses Totschlag-Argument leider nicht. Die EKFF legt Berechnungen aus vergleichbaren Ländern wie Dänemark vor und kommt zu ganz anderen Ergebnissen, Resultaten, die den mantraartig vorgetragenen Parolen der Wirtschaftsverbände diametral widersprechen. Denn ein einziges Prozent mehr erwerbstätige Frauen finanziert 18 bis 20 Wochen Elternzeit aus Steuermitteln; Ohren spitzen SVP!

Sie schreiben auch zu Recht, dass der Kinderwunsch für Frauen immer noch eine Karrierebremse ist. Um Ihrem Anspruch, das zu beheben, gerecht zu werden, müssen wir Ihre Forderungen einmal durchrechnen. Von den insgesamt geforderten 20 Wochen sind 14 für die gebärende Person reserviert. Dann fordern Sie vier Wochen statt heute zwei für den Vater, macht 18 Wochen. Und die verbleibenden zwei – ganze zwei Wochen! – sollen flexibel bezogen werden. Übrigens, in Ihrem damaligen Gegenvorschlag, liebe Mitte, zur Elternzeit haben Sie sich vehement gegen diese Flexibilität ausgesprochen. Sie begründeten dies mit den Erfahrungen der nordeuropäischen Länder. Dort hat sich gezeigt – und da hatte Altkantonsrat Lorenz Schmid schon recht –, dass die Mutter automatisch diese flexiblen Anteile übernimmt und erneut die alten Rollenbilder zementiert. Das ist ein Widerspruch, liebe Mitte. Sie fordern in der Begründung eine nationale Elternzeit mit flexibler Aufteilung und flexiblem Bezug. Ihre Standesinitiative fordert genau zwei Wochen Flexibilität, eine tolle Errungenschaft! Mal abgesehen vom Widerspruch zur damaligen Position ist es auch extrem wenig. Somit präsentieren Sie uns hier einen Vorschlag, der zwischen 10 und 20 Prozent Verbesserung bringt. Wissenschaftlich fundiert wäre eine Verbesserung von 230 Prozent.

Dann eine Bemerkung zu den einreichenden Personen: Yvonne Bürgin ist oder war Erstunterzeichnerin, der Vorstoss wurde übernommen. Sie ist, wie schon erwähnt, aktuell im Nationalrat und könnte dort das Anliegen einbringen. Sie hat das allerdings bisher nicht getan, wenn man ihre Vorstösse anschaut, da findet sich nichts zur Elternzeit. Trotz dieser Mängel und Widersprüche werden wir Grünen diese Standesinitiative unterstützen, weil wir generell für eine Elternzeit sind. Auch wenn das hier die schmalste der möglichen Varianten ist, sozusagen eine Baby-Variante, werden wir die PI vorläufig unterstützen, hoffen aber, dass sie in der Kommission wesentlich verbessert werden kann.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Ich verlese Ihnen das Votum meiner Fraktionskollegin Nicole Wyss, die heute leider abwesend ist:

Elternzeit ist der Alternativen Liste ein grosses Anliegen, wie ich schon in meinem Votum für die kantonale Volksinitiative für eine Elternzeit (*Vorlage 5624*) gesagt habe. Sie fördert die Gleichstellung. Denn können beide Erziehungsberechtigten Elternzeit beanspruchen, gibt es keinen Grund mehr, eine Frau auf dem Arbeitsmarkt wegen einer möglichen Mutterschaft oder nur schon durch die Tatsache, dass sie Mutter ist, zu benachteiligen. Auch der Lohngleichheit kämen wir so hoffentlich einen Schritt näher. Sie kommt dem Bedürfnis vieler Väter und

nichtgebärender Elternteile nach, mit ihrem Frischgeborenen mehr Zeit zu verbringen und nach der Geburt eine engere Bindung aufzubauen. Zurzeit ist dies durch ökonomische Bedingungen oft nicht möglich. Zeit reduziert Stress. Die gemeinsame und aufgeteilte Betreuung nach der Geburt oder nach einer Adoption ermöglicht einen besseren Start in eine neue Familienkonstellation, wirkt präventiv gegen Burnouts und wird anschliessend eine höhere Arbeitsproduktivität zur Folge haben. Und zu guter Letzt gehen dem Arbeitsmarkt mit der heutigen Regelung viele gutqualifizierte Arbeitskräfte verloren, und wie wir alle wissen, mangelt es der Schweiz an solchen. Wir sollten auf die Ressourcen zugreifen, die wir direkt vor der Nase haben. Elternzeit fördert die Berufstätigkeit beider Eltern. Und nicht zu vergessen: Höhere Erwerbsquoten der Mütter bedeuten Mehreinnahmen bei den Steuern.

Soweit herrscht grosse Einigkeit mit den einreichenden Parteien. Nun komme ich aber zum Knackpunkt: Was hier in dieser Standesinitiative gefordert wird, ist minimal mehr als der heutige Status-quo. Dass gefordert wird, dass der fixe Anteil des Vaters mindestens 20 Prozent sein soll, zeigt dies ebenfalls. Dieser Vorstoss hat nichts mit Gleichberechtigung zu tun. Die Forderung bei der Elternzeit muss für die Alternative Liste klar sein, dass die Eltern die Möglichkeit haben, gleich viel Betreuungsarbeit für ihr Kind in Anspruch zu nehmen, fifty-fifty, und dies ohne den fixen Anteil der Mutter zu kürzen.

Und einmal mehr möchte ich auf die Form der Standesinitiative zu sprechen kommen. Die Alternative Liste ist bekanntlich keine Verfechterin dieser Vorstossform, obwohl wir als kleine Partei ohne nationale Vertretung eigentlich dieses Mittel nutzen könnten, um uns in Bern Gehör zu verschaffen. Bei Parteien mit Sitzen in Bern verstehen wir nicht, warum dieser Weg gewählt wird. Auch wird auf die meisten Standesinitiativen in Bern gar nicht eingetreten. Die Alternative Liste sagt daher ja zu einer nationalen Elternzeit, aber nicht in dieser minimalistischen Form. Wir lehnen die Standesinitiative ab.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 332/2023 stimmen 81 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.